



Regierungsratsbeschluss vom 19. Februar 2019

Polizeikonkordat Nordwestschweiz; Vereinbarung Datenaustausch zur Kriminalitätsbekämpfung; Vernehmlassung

P181820

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an den Präsidenten PKNW.

Begründung

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt begrüsst die Stossrichtung der geplanten «Vereinbarung über eine interkantonale bzw. interbehördliche Vereinbarung über den Datenaustausch zum Betrieb von Lage- und Analysesystemen». Der vorliegende Entwurf schafft die erforderliche Rechtsgrundlage für die Verarbeitung und den Austausch sämtlicher lagerelevanten Daten zwischen den Kantonen. Für eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung müssen die vorhandenen polizeilichen Mittel lagegerecht gesteuert werden können. Im Rahmen der Lageaufbereitung und -analyse besteht ein ständig wachsendes Bedürfnis zum Austausch von Informationen zwischen den Kantonen, da die heutigen Täterschaften sehr mobil sind. Einerseits geht es um das Erkennen von hochaktiven Täterschaften aber auch um das frühzeitige Erkennen einer Serie und das Ergreifen präventiver Massnahmen, auch wenn die Täterschaft (noch) nicht bekannt ist. Die Kriminalitätsräume, in denen sich diese Täterschaft bewegt, erstrecken sich dabei weit über die Kantongrenzen hinaus.

